



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 13. November 2012 (16.11)
(OR. en)**

15846/12

**AUDIO 109
JEUN 94
EDUC 329
TELECOM 202
CONSOM 135
JAI 765
GENVAL 80**

VERMERK

des	Generalsekretariats des Rates
für den	Ausschuss der Ständigen Vertreter (1. Teil)/Rat
Nr. Vordok.:	14209/12 AUDIO 86 JEUN 87 EDUC 284 TELECOM 193 CONSOM 130 JAI 738 GENVAL 78
<u>Betr.:</u>	Ein besseres und sichereres Internet für Kinder durch ein erfolgreiches Zusammenwirken zwischen Staat und Wirtschaft - <i>Orientierungsaussprache</i> (Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates [Vorschlag des Vorsitzes])

Nach Anhörung der Gruppe "Audiovisuelle Medien" hat der Vorsitz das beiliegende Diskussionspapier ausgearbeitet, das als Grundlage für die Orientierungsaussprache über das obengenannte Thema auf der Tagung des Rates (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) am 26./27. November 2012 dienen soll.

Diskussionspapier des Vorsitzes

Ein besseres und sichereres Internet für Kinder durch ein erfolgreiches Zusammenwirken zwischen Staat und Wirtschaft

Kontext

Kinder gehen immer jünger online und verwenden dabei eine Vielfalt vernetzter Geräte wie Smartphones, Tablets, Spielekonsolen, Computer oder Fernsehgeräte. Kinder nutzen besonders gern mobile Geräte, was Auswirkungen auf die Rolle von Eltern und Schule hat und Eltern und Schule vor Herausforderungen stellt. Kinder benutzen das Internet, um zu spielen, auf Erkundung zu gehen, zu lernen, kreativ zu sein, zu kommunizieren, sich zu äußern usw. Sie sind daher zu einer wichtigen Zielgruppe für die Gerätehersteller und die Inhalteanbieter und Inhalteproduzenten geworden.

Um dafür zu sorgen, dass das Internet für Kinder besser und sicherer wird, wurden zahlreiche politische Strategien, Initiativen und Maßnahmen auf europäischer, nationaler und Branchenebene entwickelt.

Die Branche hat eine Reihe von Selbstregulierungsinitiativen¹ auf EU-Ebene ergriffen, wobei die Kommission als Vermittler auftrat. 2007 haben führende Mobilfunkbetreiber und Anbieter von Inhalten einen *Europäischen Rahmen für die sichere Benutzung von Mobiltelefonen durch Kinder und Jugendliche* unterzeichnet, dessen Umsetzung alljährlich überwacht wird. Die *Grundsätze für eine sichere Nutzung sozialer Netze in der EU* wurden im Februar 2009 auf freiwilliger Grundlage branchenweit angenommen. Im Dezember 2011 wurden die führenden Verantwortlichen aus allen Bereichen der Wertkette von Produkten und Dienstleistungen, die mit der Nutzung des Internets durch Kinder im Zusammenhang stehen, von der Vizepräsidentin der Kommission Kroes ersucht, sich auf freiwilliger Grundlage an einer Koalition zu beteiligen mit dem Ziel, das Internet für Kinder besser zu machen. In mehreren Mitgliedstaaten gab es eine Reihe von Selbstregulierungsansätzen, um das Internet für Kinder sicherer zu machen.

¹ http://ec.europa.eu/information_society/activities/sip/self_reg/index_en.htm

Angesichts der zahlreichen politischen Strategien, Initiativen und Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen hält die Kommission nunmehr ein vernetztes Konzept für erforderlich, das Kinder als Gruppe mit besonderen Bedürfnissen und besonderer Schutzbedürftigkeit anerkennt. Die Kommission hat daher am 2. Mai 2012 eine umfassende Europäische Strategie für ein besseres Internet für Kinder² angenommen, in der vier Aktionsbereiche vorgeschlagen werden: Förderung hochwertiger Inhalte, verstärkte Sensibilisierung und Befähigung, Schaffung eines sicheren Online-Umfelds und Bekämpfung der Verbreitung von Bildern über den sexuellen Missbrauch von Kindern. Der Rat hat darauf mit der Annahme seiner Schlussfolgerungen zum gleichen Thema vom 28. November 2011³ und vom 26. November 2012 geantwortet.

Grundlegender politischer Ansatz

Die politischen Entscheidungsträger und die IKT-Industrie haben ein ähnliches Interesse: Kinder sollten in die Lage versetzt werden, den freien Charakter des Internets zu genießen und von diesem Charakter zu profitieren, wobei nicht zugelassen werden sollte, dass ihre angeborene Neugierde dazu führt, dass sie Schaden nehmen. Es muss dafür gesorgt werden, dass das Internet sicher ist, aber auch eine Chance für Kinder darstellt; zugleich sollten die Unvorhersehbarkeit und der sich rasch ändernde Charakter des digitalen Umfelds berücksichtigt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist mittels entsprechender Maßnahmen ein besonderes Augenmerk darauf zu richten, beispielsweise die Inhalte grenzüberschreitend bereitzustellen, Kinder mit digitalen Fähigkeiten und Kompetenzen auszustatten, das Vertrauen der Verbraucher zu gewinnen, die Eltern, die Erzieher und die Zivilgesellschaft einzubeziehen und für eine größere Sensibilisierung zu sorgen; zugleich sollte aber ein Binnenmarkt für hochwertige Inhalte und technische Werkzeuge zum Schutz der Kinder gefördert werden. Diese Maßnahmen können nur unter der Voraussetzung eines partnerschaftlichen Ansatzes, an dem sowohl die Industrie als auch die öffentliche Hand beteiligt ist, zum Erfolg führen. Was beispielsweise die Internet-Sicherheit anbelangt, kann ein partnerschaftlicher Ansatz – sofern es andere als durch Rechtsvorschriften geregelte Aspekte (z.B. illegale Inhalte und Datenschutz) betrifft – eine Form der Selbstregulierung auf nationaler und EU-Ebene darstellen. Die Forschung in anderen Bereichen wie die Förderung der Entwicklung umweltfreundlicher Produkte durch die Industrie hat gezeigt, dass der Grad des Umweltbewusstseins bei den Verbrauchern ein ausschlaggebender Faktor für die Wirksamkeit von Selbstregulierungsinitiativen war. Entsprechend könnte das Bewusstsein für die Internet-Sicherheit und für die durch hochwertige Online-Inhalte gebotenen Chancen dazu beitragen, die Interessen der Industrie und der politischen Entscheidungsträger miteinander in Einklang zu bringen.

² 9486/12

³ Schlussfolgerungen des Rates zum Schutz der Kinder in der digitalen Welt (ABl. C 372 vom 20.12.2011, S. 15).

Klarheit über die Aufgabenverteilung und Festlegung von Synergien zwischen den verschiedenen Beteiligten

Zum einen liegt auf der Hand, dass die Regierungen/Behörden in bestimmten Bereichen (Bildung, Sensibilisierung) eine wesentliche, vielleicht führende Rolle übernehmen müssen, obwohl die industriellen Akteure (z.B. die Programmanbieter) auch sehr wichtig sein können, um die breitere Öffentlichkeit mit einzubeziehen. In Bezug auf die Gestaltung hochwertiger Online-Inhalte muss ferner die Industrie eine führende Rolle einnehmen.

Zum anderen gibt es problematische Bereiche/Grauzonen, bei denen es nicht einfach ist, verschiedenen Akteuren eine Aufgabe zuzuweisen. Konkret werden standardmäßige Datenschutzeinstellungen auf den Webseiten sozialer Netzwerke möglicherweise von den Eltern und Behörden bevorzugt, sie könnten jedoch die Fähigkeit der Anwender einschränken, Fotos, Informationen und Inhalte mit anderen Anwendern auszutauschen und die Diensteanbieter daran hindern, den Internetverkehr und die Werbeeinnahmen zu optimieren. Werkzeuge zur elterlichen Kontrolle können für Eltern die Möglichkeit einer gewissen Kontrolle der Benutzung des Internets durch ihre Kinder, insbesondere sehr junge Kinder, bieten, aber sie können oft leicht umgangen und selbst als Eingriff in das Privatleben der Kinder betrachtet werden. Es könnte argumentiert werden, dass es zwar mittel- und langfristig Anreize für die Industrie gibt, Dienste dergestalt zu entwickeln, dass Kinder geschützt werden, um beispielsweise die Markenbekanntheit zu steigern, neue Märkte zu entwickeln (Kinder sind auch Verbraucher) und das Vertrauen der Verbraucher in ihre Dienste aufzubauen, aber kurzfristig andere kommerzielle Zwänge vorrangig sein können.

Ein weiteres Problem ist die Schnelligkeit und Unwägbarkeit der Veränderungen in der Online-Branche, wodurch bestimmte Lösungen rasch überholt sein können. Die Wertkette dieser Branche durchquert unterschiedliche Sektoren und ihre Dienstleistungen durchbrechen die traditionellen Grenzen zwischen den Sektoren. Das heißt, dass Hersteller sich auf App Stores und Inhalte-Plattformen verlagern, während die Programmanbieter zu Veröfentlichern im Internet werden. Darüber hinaus ist diese Industrie dynamisch und innovationsgerichtet und sind Sicherheitsrisiken daher vorab schwer zu erkennen.

Angesichts der Komplexität einer sich rasch verändernden und unwägbarer Branche und der Vielfalt von Akteuren mit eigenen Interessen und Motivationen ist es äußerst wichtig, die eigentliche Rolle der öffentlichen Hand zu definieren und die Frage zu beantworten, wie Partnerschaften mit den Hauptakteuren der Branche in tatsächlich wirksamer Weise ausgestaltet werden können. Die Minister werden daher ersucht, sich zu folgenden Fragen zu äußern:

- 1. *Wie sollten die staatlichen Stellen die Industrie dazu anhalten, ihre Produkte und Dienste in einer Weise zu entwickeln, dass Kinder sowohl befähigt als auch geschützt werden?***

 - 2. *In welchem Maße und auf welche Weise könnten diese nationalen Initiativen auf europäischer Ebene koordiniert werden, um auf einen digitalen Binnenmarkt hinzuwirken, der mehr Möglichkeiten für Kinder im Internet bietet wird?***
-